



# Stadtratsfraktion Hansestadt Lüneburg

SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

Frau Oberbürgermeisterin  
Claudia Kalisch  
Hansestadt Lüneburg Am  
Ochsenmarkt 1

Ihr Ansprechpartner:  
Andreas Neubert

21335 Lüneburg

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

28.10.2025

## **Anfrage zu den Bauschäden / Missstände an den Wohneinheiten der**

### **Vonovia Wohnungsgesellschaft im Stadtteil Kaltenmoor**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

ich beziehe mich mit dieser Anfrage auf die bestehenden Bauschäden und den Missständen im Außenbereich sowie den Wohneinheiten der Vonovia Wohnungsgesellschaft im Stadtteil Kaltenmoor. Diese Gebäude sind in einem bedenklichen Zustand, der nicht nur die Lebensqualität der Bewohner beeinträchtigt, sondern auch die allgemeine Sicherheit und den Wert des Stadtteils gefährdet. Die Vonovia Gesellschaft kommt ihren übergeordneten Zielen - neben dem Erhalt der Bausubstanz durch Instandhaltungsmaßnahmen - in keiner Weise nach. Im Auszug aus dem Managementansatz des Wohnungskonzern auf ihrer Webseite ist zu lesen, dass die dauerhafte Minimierung von Gefährdungsrisiken durch die ausnahmslose Einhaltung aller Vorgaben zur Verkehrssicherungspflicht eingehalten wird. In den Ratssitzungen am 30.10.2024 und am 13.02.2025 wurde das Thema Vonovia Wohnungen diskutiert. Ein Kauf der Vonovia Häuser sowie eine Modernisierung und Instandsetzung der Immobilien wurde nicht realisiert. Die Verwaltung hat zugesagt, bei baurechtlichen Verstößen die Wohnungsgesellschaft zur rechtmäßigen Vorgehensweise aufzufordern.

Folgende Mängel wurden bei einer Besichtigung festgestellt:

- Risse und Unebenheiten im Gehweg, die eine Stolpergefahr darstellen und darauf hinweisen, dass es zu Setzungen im Untergrund gekommen ist.
- Bröckelnde Fassade, die drauf hinweist, dass es zur Feuchtigkeitsbildung im Mauerwerk gekommen ist.
- Lose Putzschichten an den Decken in den Laubengängen und Balkonen, die ebenfalls auf Feuchtigkeit hinweisen oder auf unsachgemäße Ausführung.
- Feuchtigkeitsbildung in den Wohneinheiten, speziell an den Wänden.

Ich bitte um Stellungnahme der Stadt:

- Wann wird eine umfassende Prüfung sowie Dokumentierung der angezeigten Mängel von der Bauverwaltung vorgenommen ?
- Erfolgt eine Fristsetzung der Verwaltung an die Vonovia zur Erledigung der angezeigten Mängel ?
- Würde es bei einer Nichteinhaltung der Fristen zu rechtlichen Konsequenzen kommen ?
- Erfolgt eine fortwährende Information an die Bewohner über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung in Bezug auf die Vonovia Wohnungsgesellschaft ?
- Ist eine fortwährende Prüfung der Wohneinheiten der Vonovia vorgesehen?

Mit freundlichem Gruß  
gez. Andreas Neubert

Christliche Demokratische Union  
Stadtkoppel 16 - 21337 Lüneburg

Wolfgang Goralczyk, Langenstücken 1, 21335 Lüneburg, [wolfgang.goralczyk@t-online.de](mailto:wolfgang.goralczyk@t-online.de), 0175 / 978 49 44

Hansestadt Lüneburg  
Frau Oberbürgermeisterin Kalisch  
- Rathaus -

21335 Lüneburg  
Per E-Mail an Ratsbüro:  
[andrea.kamionka@stadt.luenenburg.de](mailto:andrea.kamionka@stadt.luenenburg.de)

12.11.2025

## **Aufhebung des Beitritts zum Bürgerbegehren Radentscheid aus dem Jahre 2022**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Jahr 2022 entschied der Rat der Hansestadt Lüneburg nahezu einstimmig, dem Bürgerbegehren „Radentscheid Lüneburg“ beizutreten (Vorlage VO/10016/22).

Die CDU-Fraktion stellt daher für die Ratssitzung am 11. Dezember 2025 folgenden Antrag:

### **Beschlussvorschlag:**

**Die Empfehlung und der Beschluss von 2022 sind aufzuheben.**

### **Begründung:**

Wir stehen auch weiterhin für eine mobilitäts- und klimagerechte Zukunft. Unser Weg soll ausgewogen sein. Aber wir erkennen auch:

- Die Herausforderungen sind gewachsen. In einer Welt im Wandel – mit geopolitischen Spannungen, wirtschaftlichen Unsicherheiten und knappen öffentlichen Haushalten – müssen die Prioritäten neu gesetzt werden.
- Der damals gefasste Beschluss ist bislang nicht in einem dem Ziel entsprechenden Umfang umgesetzt worden. Die Vorlage zeigt deutliche Abweichungen zwischen Anspruch, Realität und möglicher Umsetzung
- Daher ist es geboten, den Beschluss aufzuheben, um Raum für eine pragmatische, finanzierbare und wirksame Mobilitätsstrategie zu schaffen. Wir brauchen eine spürbare und sichtbare Verbesserung der Mobilität in unserer Stadt, die alle Interessen auf Augenhöhe in Einklang bringen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Wolfgang Goralczyk  
Fraktionsvorsitzender der CDU  
im Rat der Hansestadt Lüneburg



Oberbürgermeisterin  
der Hansestadt Lüneburg  
Frau Kalisch  
- Rathaus –  
Am Ochsenmarkt  
  
21335 Lüneburg

**Stadtratsfraktion Lüneburg**

**Ratsherr  
Ralf Gros**

Neue Sülze 4  
21335 Lüneburg

ralf.gros@Stadtrat-Lueneburg.de

13.11.2025

**Antrag für eine Förderung zum Schutz und Erhalt von privaten Gehölzbeständen im Rahmen des Klimafonds zugunsten der Ansätze im Bereich 74/Grünplanung für Maßnahmen des Programmes „KLuG“ (Klima und Grün)**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt, der Rat möge beschließen, dass die Hansestadt Lüneburg eine Förderung zum Schutz und Erhalt von privaten Gehölzbeständen im Rahmen des Klimafonds zugunsten der Ansätze im Bereich 74/Grünplanung für Maßnahmen des Programmes „KLuG“ (Klima und Grün) sowie der durch die Baumschutzsatzung vereinnahmten Bußgelder vornimmt.

Die förderfähigen Maßnahmen sind nach den aktuellen fachlichen Vorschriften und Empfehlungen (FLL-Baumkontrollrichtlinie, FLL-Baumuntersuchungsrichtlinie, ZTV-Baumpflege) von einem qualifizierten Betrieb auszuführen. Neben den Mitteln im Förderprogramm KLuG sollen zur Finanzierung auch die durch die Baumschutzsatzung vereinnahmten Bußgelder herangezogen werden.

**Begründung:**

Das Ziel der Förderung ist der Schutz und Erhalt von privaten Gehölzen in der Stadt Lüneburg. Klimaanpassungskonzept der HS LG: Maßnahmenfeld 3.3, Strategiekonzept „Resiliente Innenstadt Lüneburg“ (S. 22/23: Die Räume und Infrastrukturen der Innenstadt klimafit machen, Bäume und Gehölze wirken sich positiv auf die Luftqualität, das Stadtklima, die Biodiversität sowie die Lebensqualität aus.

Die Förderung soll ohne den Anspruch auf Vollständigkeit u.a. ff. Maßnahmen umfassen:

- Maßnahmen zur Pflege, Herstellung der Verkehrssicherheit oder Gefahrenprävention (z.B. das Einbauen einer Kronensicherung) die der Erhaltung dienen
- Die Begutachtung durch einen qualifizierten Fachbetrieb als Erstberatung, mindestens einer Person, welche die Pflegemaßnahmen durchführen, die Qualifikation „Fachagrarwirt für Baumpflege“ oder „European Treeworker“ besitzt. Ausnahmen hiervon kann die Stadt im Einzelfall zulassen, wenn eine vergleichbare Qualifikation nachgewiesen wird.
- Baumumfeldverbesserungen (z.B. Bodenverbesserung, Entsiegelung, Belüftung),
- sonstige Maßnahmen, die dem Erhalt des Baumes/Gehölzes dienen

Da Mittel des Förderprogramms KLuG herangezogen werden als auch die durch die Baumschutzsatzung

vereinnahmten Bußgelder Verwendung finden sollen, sind zusätzliche Kosten nicht zu erwarten. Die Entscheidung über die Förderung trifft die Hansestadt Lüneburg im eigenen pflichtgemäßen Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Es geht vor allem darum besonders ortsbildprägende und für den Klimaausgleich in starkverdichteten Stadtteilen bedeutsame Bäume zu erhalten. Eine Zuwendung kann erfolgen, wenn an der Durchführung der Maßnahme ein erhebliches öffentliches Interesse besteht und ohne die Zuwendungen die baumerhaltenden Maßnahme nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden können.

**Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.**

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Rat der Hansestadt Lüneburg

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gros'.

Ralf Gros



Lüneburg, den 25.11.2025

## **Resolution des Rates der Hansestadt Lüneburg**

zum Erhalt des Jungheinrich-Standortes in Lüneburg

Die Belegschaft von Jungheinrich ist am 20. November zum Erhalt des Standortes in Lüneburg in den Streik getreten.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst hierzu folgende Resolution:

**1. Der Rat setzt sich für den Erhalt des Jungheinrich-Standortes ein.**

Der Standort hat für Stadt und Region große wirtschaftliche und soziale Bedeutung.

**2. Der Rat würdigt die langjährige Leistung der Beschäftigten.**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben maßgeblich zum Erfolg des Unternehmens beigetragen.

**3. Der Rat appelliert an die Unternehmensleitung, umgehend in konstruktive Gespräche mit der IG Metall und den Beschäftigten einzutreten.**

**4. Der Rat spricht sich gegen eine Schließung des Standortes aus.**

**5. Der Rat zeigt Verständnis für die Sorgen der Belegschaft und erkennt den Streik als Ausdruck des Wunsches nach Sicherheit und Zukunftsperspektiven an.**

**6. Die Stadt Lüneburg wird die Entwicklungen eng begleiten und das Thema in den politischen Gremien beraten.**

**Der Rat appelliert an die Unternehmensleitung von Jungheinrich, den Dialog aktiv zu führen und gemeinsam mit den Beschäftigten, der IG Metall und der Kommune Lösungen zu erarbeiten, die den Fortbestand des Standortes sichern und die Belegschaft schützen.**

Marianne Esders  
Die Linke

Thomas Dißelmeyer  
SPD

Ulrich Blanck  
B.90/Die Grünen

Frank Soldan  
FDP